



Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

46. Sitzung (öffentlich)

20. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitz: Dr. Horst Posdorf (CDU)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Aktuelle Viertelstunde: Unrechtmäßige Abrechnung von EU-Fördergeldern für das Centro** 1

- Berichts-anforderung der CDU-Fraktion

Der Ausschuß nimmt einen ausführlichen Bericht des MWMTV entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

- 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)** 8

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinde am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4202

- a) **Einzelplan 01 - Landtag**
- b) **Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Der Ausschuß nimmt einen ausführlichen Bericht durch Staatssekretär Adamowitsch entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt. Sodann verständigt sich der Ausschuß auf das weitere Beratungsverfahren.

- 3 Bericht über die Vorbereitungen der Landesregierung zu den WTO-Verhandlungen (Auftaktveranstaltung im November 1999 in Seattle)**

12

Der Ausschuß nimmt zunächst einen Kurzbericht durch das MWMTV entgegen und verständigt sich darauf, den ausführlichen Bericht sowie weitere schriftliche Informationen als Anlagen zum Protokoll entgegenzunehmen.

- 4 Focus-Artikel vom 16. August 1999 zur Europapolitik der Landesregierung**

14

Der Ausschuß nimmt einen ausführlichen Bericht des Staatssekretärs Adamowitsch entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt. Weitere schriftliche Informationen sind dem Ausschußprotokoll als Anlage beigelegt.

5 Verschiedenes

Siehe Seiten 19 und 20 des Diskussionsteils.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinde am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4202

- a) **Einzelplan 01 - Landtag**
- b) **Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Staatssekretär Adamowitsch (MWMTV) erstattet dem Ausschuß den einführenden Bericht in den Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - und dort die den Bereich "Europa, internationale Zusammenarbeit, Eine-Welt-Politik betreffenden Teile, soweit sie für den Ausschuß relevant sind: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen heute gerne aus dem Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten diejenigen Haushaltstitel mit Europabezug vorstellen, die in das Kapitel "Internationale Zusammenarbeit" und unter den Haushaltstitel "Eine-Welt-Politik" fallen, vorstellen.

Zunächst eine Vorbemerkung: Die von mir genannten Titel und Kapitel sind auf den Prüfstand gestellt worden. In der Gesamtschau beider Politikbereiche haben wir uns für eine Konsolidierung der Ausgaben auf dem bisherigen Niveau entschieden. Dieses wichtige Moment möchte ich bei der Gelegenheit herausstellen. Damit wird der Stellenwert der Europa- und Eine-Welt-Politik, wie sie Ministerpräsident Clement in seiner Regierungserklärung vom 17. Juni 1998 herausgestellt hat, unterstrichen.

Trotz der Konsolidierung der Ausgaben haben wir beim Aufstellen des Haushaltsplans neue Akzente gesetzt, die sich vor allem aus dem Umzug von Bundestag, Bundesrat und Teilen der Bundesregierung nach Berlin ergeben. Denn wir leben im Jahre 2000, also im kommenden Jahr im Jahr 1 nach dem Umzug.

Ich komme nun zum Kapitel 02 030, Internationale Zusammenarbeit. Dort will ich mich fokussieren auf den Europatitel, da die übrigen internationalen Titel des Kapitels im Hauptausschuß beraten werden. - Die Gesamtausgaben des Kapitels 02 030 betragen im Entwurf des Einzelplans 02 rund 13,7 Millionen DM. Er liegt damit um 3,2 Millionen DM unter dem Ansatz des laufenden Haushaltsjahres 1999. Dabei müssen wir jedoch in Rechnung stellen, daß im Jahre 1999 zur Begleitung der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU und des EU-Gipfels in Köln Zusatzmittel in Höhe von 2,75 Millionen DM zur Verfügung standen. Das macht deutlich, daß wir bei der Europapolitik und der internationalen Zusammenarbeit Kurs

halten. Die Mittel, die wir in diesem Jahr extra in den Einzelplan eingestellt haben, muß man eigentlich abziehen, weil es sich um einmalige Sonderausgaben gehandelt hat.

Ich weise darauf hin, daß der Titel 531 00, Veröffentlichungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger, im Jahr 2000 wieder entfällt. Der entsprechende Zusammenhang ist offensichtlich.

Für die öffentliche Begleitung der Ratspräsidentschaft und des Kölner Gipfels haben in diesem Jahr 2 Millionen DM zur Verfügung gestanden. Rückblickend hat sich der Ausweis der zusätzlichen Mittel als sinnvoll erwiesen.

Wir haben damit wichtige und für Nordrhein-Westfalen bedeutende EU-Veranstaltungen wie die Eröffnungskonferenz zum 5. Forschungsrahmenprogramm in Essen im Februar 1999 ins Land holen können. Des Weiteren konnten den Bürgerinnen und Bürgern die europäischen Geschehnisse und ihre Bedeutung für unser Land nähergebracht werden. Ich nenne dabei vor allen Dingen den europäischen "Markt der Möglichkeiten", den wir eine Woche vor dem Europäischen Rat in Köln gemeinsam mit der Stadt und anderen Einrichtungen veranstaltet haben. Die Bürgerinnen und Bürger wurden so durch ein breit gefächertes Informationsangebot auf die Gipfelereignisse vorbereitet.

Als Nachlese zu den Kölner Gipfelereignissen hat die Landesregierung Ende Juni eine achtseitige Zeitungsbeilage unter dem Titel "Unsere Zukunft ist Europa" erstellt. Darin wurden die Themen und Beschlüsse der beiden Kölner Gipfel erläutert und Nordrhein-Westfalens Rolle als starker Standort in Europa beschrieben. Um den Verdacht unzulässiger Wahlwerbung gar nicht erst aufkommen zu lassen, war das Veröffentlichungsdatum bewußt hinter die Europawahlen gelegt worden.

Meine Damen und Herren, die Haushaltstitel mit europapolitischen Bezügen weisen eine große Kontinuität auf. Ich möchte zwei wichtige Aspekte hervorheben: Der Titel 534 20, Europainitiative NRW, wird um 800.000 DM auf jetzt 450.000 DM zurückgefahren. Der Ansatz des Jahres 2000 entspricht damit in etwa dem des Jahres 1998. Auch diesen Titel hatte das Parlament im Jahre 1999 zur Begleitung der deutschen Ratspräsidentschaft durch eigene Maßnahmen und Veranstaltungen des Landes aufgestockt. Mit dem Ansatz für das Jahr 2000 kehren wir sozusagen zur Normalität zurück. Trotz dieser Rückführung bleibt die Europainitiative das zentrale Instrument für die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern - ich nenne die Bertelsmann-Stiftung und die europäische Bewegung - versprechen wir uns sogar einen noch wirkungsvolleren Einsatz der dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Darüber hinaus hat die Landesregierung beschlossen, einen neuen Titel zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Benelux-Staaten einzurichten. Dafür sind im Titel 684 50 550.000 DM vorgesehen. Ministerpräsident Clement hat bereits in seiner Regierungserklärung vom 17. Juni 1998 die Vertiefung der Beziehungen zu den Benelux-Staaten als einen Schwerpunkt seiner Regierungspolitik bezeichnet. Zu Ihrer Information: Hierzu hat er in der Staatskanzlei einen für die Benelux-Kooperation verantwortlichen Koordinator benannt. Bei seinen Besuchen in den Niederlanden, in Belgien und in Luxemburg hat Ministerpräsident Clement mit seinen Amtskollegen konkrete Schritte zur Intensivierung der Zusammenarbeit vereinbart. Hierüber ist im Ausschuß bereits berichtet

worden. Um der Landesregierung in diesem Schwerpunktbereich politische Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, ist die Ausweisung eines neuen, eigenen Haushaltstitels unerläßlich. Aus diesem Titel sollen Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Benelux-Staaten finanziert werden. Es soll sich dabei um gemeinsame Fachkongresse, um Tagungen, den Aufbau von Strukturen des regelmäßigen Erfahrungsaustauschs, um praktische Projekte und andere Maßnahmen in dem neu entstehenden Kooperationsraum Nordwest-Europa handeln.

Zur Information unserer westlichen Nachbarländer über das Land Nordrhein-Westfalen sollen gezielte Maßnahmen wie zum Beispiel Kongresse und Informationsreisen durchgeführt und entsprechende Materialien - z. B. Broschüren und CD-Roms - erstellt werden.

Die übrigen Titel mit europapolitischem Bezug werden im wesentlichen überrollt. Das betrifft etwa den Anteil des Landes an den Kosten des Länderbeobachters im Titel 632 00 mit 315.000 DM; die Förderung der grenzüberschreitenden Einrichtungen und Kontakte mit 400.000 DM, die Zuschüsse zur Förderung des Landesverbandes der Europa-Union Deutschland mit 100.000 DM. Darüber hinaus geht es um den Europa-Dialog Bonn e.V. mit 50.000 DM; die Mitgliedschaft in europäischen Regionalorganisationen mit 80.000 DM und auch die Mittel zur Förderung des Europagedankens mit ebenfalls 80.000 DM. Sie erlauben mir daher, daß ich an dieser Stelle nicht im einzelnen auf diese Titel eingehe und Sie auf die Erläuterungen in der Vorlage 12/2833 verweise.

Lassen Sie mich nun zu den Maßnahmen des Einzelplans 02 für die Eine-Welt-Politik - Kapitel 02 040 - kommen: Im Vergleich zum laufenden Jahr ist der Ansatz bei Kapitel 02 040 von insgesamt 5.398.000 DM für das Jahr 2000 auf 9.921.500 DM erhöht worden. Das entspricht einem Mehransatz von 4.523.500 DM. Die Erhöhung ergibt sich aus den zusätzlichen Ansätzen für die Übernahme von Sitzlandkosten der von Berlin nach Bonn umziehenden entwicklungspolitischen Einrichtungen, nämlich dem Deutschen Institut für internationale Entwicklung und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. - Mit dem Deutschen Institut für internationale Entwicklung, DSE, haben wir eine ganz bedeutende Einrichtung für Bonn gewinnen können. Ich will nur darauf hinweisen, daß bisher 100.000 Fach- und Führungskräfte bei der DSE ausgebildet worden sind. Das ist eine ganz hervorragende Visitenkarte für deutsche Entwicklungspolitik im Ausland. Mit dem DSE haben wir auch die bedeutenste Bibliothek für Entwicklungspolitik, die es in Europa überhaupt gibt, vom Standort Berlin nach Bonn bekommen können. Mit dem Deutschen Institut für Entwicklungshilfe und dem Studiengang für entwicklungspolitische Fragen, die an diesem Institut ebenfalls aufgehängt sind, haben wir in Bonn, so glaube ich, ein ganz hervorragendes Kompetenzzentrum für Entwicklungsfragen etablieren können, in Zusammenarbeit gerade auch mit dem für Entwicklungshilfefragen zuständigen Bundesministerium. Von daher glaube ich, daß die für das Land damit verbundenen Kosten in Höhe von 4,9 Millionen DM gut angelegt sind. Immerhin muß man erkennen, was bis dato im internationalen Bereich in Bonn schon angesiedelt worden ist. Ich verweise in dem Zusammenhang auf UN-Einrichtungen und andere Institute. Damit hat Bonn als Standort in den nächsten Jahren hervorragende Chancen, sein gesamtes Profil im Bereich der Entwicklungshilfe als weitgehenden Begriff auszubauen. Von daher glauben wir, daß das Interesse an dem Standort Bonn in diesen Fragen zunehmend wachsen wird.

Nun zurück zum Einzelplan 02: Im Saldo ergibt sich gegenüber 1999 eine Erhöhung um 4,5 Millionen DM, da die weiteren Maßnahmen des Einzelplans 02 für die Eine-Welt-Politik im Rahmen der Haushaltskonsolidierung um insgesamt 354.000 DM reduziert wurden.

Die Verlegung der beiden renommierten Einrichtungen DSE und DIE habe ich eben angesprochen. Lassen Sie mich noch einige andere Anmerkungen zu Titelbereichen machen, bei denen wir Kürzungen vornehmen mußten:

Zunächst komme ich zu den Zuschüssen von Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland - Titel 686 00 -, wo wir um 156.000 DM reduzieren mußten. Gleichwohl kann die Zusammenarbeit mit den Partnerländern - insbesondere der Provinz Mpumalanga - ebenso fortgesetzt werden wie die Förderung von Projekten privater Initiativen in Entwicklungsländern. Im Mittelpunkt der Förderung werden auch zukünftig Projekte der Bildung, der medizinischen Versorgung, der Verbesserung der Lage der Frauen, des Umweltschutzes und der Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen stehen.

Trotz der Reduzierung des Titels 684 10 "entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit" um 30.000 DM wird auch weiterhin besonderer Wert auf die Förderung dieser Arbeit der Eine-Welt-Gruppen gelegt, um das notwendige gesellschaftspolitische Engagement der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Die lokalen Eine-Welt-Gruppen leisten - wie Sie wissen - wichtige Beiträge im Dialog zwischen Bevölkerung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und bei der Umsetzung der "Lokalen Agenda". Unterstützt werden sie dabei vor allem von den Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren. Über dieses Thema haben wir bereits in der letzten Sitzung dieses Ausschusses ausführlich beraten.

Wie ich schon in der letzten Sitzung des Ausschusses dargelegt habe, hat die Evaluierung gezeigt, daß die Promotorinnen und Promotoren ihre Aufgaben gut erfüllen und die Landesregierung die Förderung des Netzwerkes aus diesem Grunde fortsetzen will.

Der Ansatz im Titel 429 00 "Aufwendungen für den Nord-Süd-Beauftragten" ist mit einem Minus in Höhe von 100.000 DM ausgewiesen. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß nach der Pensionierung von Herrn Dr. Lefringhaus eine neue Berechnung stattgefunden hat, die im Ergebnis zugunsten des Landeshaushalts ausgefallen ist. Eine Änderung des Aufgabengebietes des Nord-Süd-Beauftragten ist damit natürlich überhaupt nicht verbunden. Gemeinsam mit dem Eine-Welt-Beirat wird er die Landesregierung weiterhin in allen Fragen der Nachhaltigen Entwicklung beraten.

Das Programm "Konkreter Friedensdienst", das seit Jahren Signalwirkung über die Landesgrenzen hinaus hat, wird von den Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen nach wie vor stark nachgefragt. Der Wegfall der Partnerschaftshilfe für Brandenburg aus diesem Programm gleicht die Kürzungen beim Titel 681 00 in Höhe von 50.000 DM wieder aus. Abschließend möchte ich auch in dem Zusammenhang auf die zusätzlichen Erläuterungen in der Vorlage 12/2833 verweisen.

Herr Vorsitzender, so weit ein kurzer *tour de horizon* durch die entsprechenden Erläuterungen des Einzelplans 02, soweit sie diesen Ausschuß hier betreffen. Im November werden wir die Beratungen fortsetzen, stehen allerdings auch jetzt schon für Nachfragen zur Verfügung. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gabriele Sikora (SPD) bittet darum, zur nächsten Sitzung einen Überblick über die ausschlußrelevanten Ansätze in den anderen Ressorts vorliegen zu haben. - **Staatssekretär Adamowitsch** sagt zu, dem zu entsprechen. Ende September/Anfang Oktober werde der mit Bonn und Brüssel fein abgestimmte Bericht zur "Agenda 2000" zur Verfügung stehen können. - **Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf** erinnert bei der Gelegenheit daran, daß - wie bereits in den vergangenen Jahren - der Ausschuß auf der Grundlage dieses Berichtes entscheiden werde, welche Aspekte er vertiefen und welche Ministerien er dementsprechend noch hören wolle. Das Prozedere der vergangenen Jahre habe sich nämlich bewährt.

3 Bericht über die Vorbereitungen der Landesregierung zu den WTO-Verhandlungen (Auftaktveranstaltung im November 1999 in Seattle)

Ministerialdirigent Dr. Speier (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit Ihrem Einverständnis möchte ich zu diesem Tagesordnungspunkt nur einen kurzgefaßten Bericht erstatten. Der ausführliche Bericht kann dem Protokoll beigelegt werden (siehe auch **Anlage 1** zu diesem Ausschlußprotokoll): Die WTO-Ministerkonferenz in Seattle, die vom 30. November bis 3. Dezember diesen Jahres stattfinden wird, wird über mögliche Themen und Modalitäten einer neuen multilateralen Handelsrunde diskutieren und entscheiden. Verhandlungsführer für die EU ist die Europäische Kommission in Abstimmung mit den EU-Mitgliedstaaten. Die EU geht davon aus, daß sie in Seattle eine Verhandlung über die weitere Liberalisierung des Welthandels ab dem Jahre 2000 beschließen wird und die Verhandlungen in etwa drei Jahren abgeschlossen sein werden. Die EU strebt eine umfassende Verhandlungsrunde an. Insgesamt könnte in Seattle über folgende Themen für die neue Runde entschieden werden: Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft wird über den weiteren Abbau des Außenschutzes sowie die Erweiterung des Mindestmarktzugangs gesprochen werden. Soweit es um Dienstleistungen geht, geht es insbesondere um die Verbesserung des Marktzugangs für Dienstleistungen. Deutsche Interessen bestehen in den Bereichen Seeverkehr, Umwelt und Energie. Die USA werden voraussichtlich die Audiovisionsdienstleistungen einer weiteren Liberalisierung zuführen wollen. Auch könnte es um konkrete Subventionen gehen sowie Regeln für Subventionen und öffentliche Aufträge.

Zum Thema "Industriegüter": In dem Zusammenhang wird diskutiert über einen weiteren oder sogar völligen Zollabbau für Industriegüter. Als letztes wird über neue Regeln für den Welthandel gesprochen werden. Insbesondere geht es in dem Zusammenhang um Handel und Investitionen, Handel und Wettbewerb, also den Kernbestand wettbewerbsrechtlicher Prinzipien. Außerdem wird diskutiert über Handel und Umwelt, also die stärkere Integration ökologischer Aspekte in das multilaterale Handelssystem. Außerdem geht es um Handel und Sozialstandards. Nach den Vorstellungen der EU sollen die Entwicklungsländer stärker in den Welthandel integriert werden. Ihnen sollen verbesserte Marktzugänge angeboten werden.

Lassen Sie mich abschließend zu den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen kommen: Nordrhein-Westfalen ist mit seiner außenhandelsorientierten Wirtschaft von der Entwicklung

Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,
Technologie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

334 - 22 - 71

Düsseldorf, den 15. September 1999

46. Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik
am 20. September 1999, 13.30 Uhr

TOP: Bericht über die Vorbereitungen der Landesregierung zu
den WTO-Verhandlungen (Auftaktveranstaltung im November 1999
in Seattle)

1. Die multilateralen Verhandlungen der Uruguay-Runde (1986 bis 1994) haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) als internationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet sowie verschiedene Übereinkommen zu spezifischen Fragen geändert oder neu in die Regeln für den Welthandel aufgenommen wurden. Erstmals wurde auch multilateral über Dienstleistungen verhandelt. Das frühere GATT-System hatte damit eine wichtige Wandlung von einem reinen Güterabkommen zu einem umfassenden Regelwerk für den Welthandel vollzogen.

Eine WTO-Ministerkonferenz, die sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzt, tritt mindestens einmal alle zwei Jahre zusammen. Sie kann bestehende Abkommen überprüfen, hierzu Beschlüsse fassen, aber auch über eine weitere multilaterale Verhandlungsrunde beschließen. Es ist vorgesehen, dass bei der WTO-Ministerkonferenz in Seattle vom 30.11. - 03.12.1999 über mögliche Themen und Modalitäten einer neuen multilateralen Handelsrunde diskutiert und entschieden wird. In der Regel erfolgt die Beschlußfassung durch Konsens. Die neue Runde wird als Millennium-Runde bezeichnet.

Die WTO hat zur Zeit 134 Mitglieder, davon können 80 % zu den Entwicklungs- und Schwellenländern gerechnet werden. Einige für den Welthandel bedeutende Länder sind noch nicht Mitglied der WTO, zu ihnen gehören China, Russland, Saudi-Arabien.

2. Verhandlungsführer für die Mitgliedstaaten der EU ist die Europäische Kommission, in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten. Die Grundpositionen der Gemeinschaft, d.h. das Verhandlungsmandat für die Kommission zur Millenium-Runde, werden letztlich durch den EU-Ministerrat festgelegt.

Die EU geht davon aus, dass in Seattle die Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung im Welthandel ab dem Jahr 2000 beschlossen werden. EU-Kommission und Mitgliedstaaten sind sich einig, dass eine umfassende Verhandlungsrunde angestrebt werden soll. Neben den aus der Uruguay-Runde bestehenden Verpflichtungen zur Behandlung bestimmter Themen, z.B. Schutz geistiger Eigentumsrechte, weitere Verbesserung des Marktzugangs im Agrarbereich und im internationalen Dienstleistungshandel - man spricht hier von der sogenannten built-in-agenda der WTO - sollen noch weitere Verhandlungsfelder vorgesehen werden. Hierüber wird vor allen Dingen mit den Entwicklungsländern noch zu sprechen sein.

Die EU geht auch davon aus, dass die Verhandlungen in ca. 3 Jahren abgeschlossen sein sollen. Sie sollen als „Single Undertaking“ geführt werden, d.h. es ist nichts beschlossen, bevor nicht über alle Themen Einvernehmen erreicht ist. Alle Teilnehmer müssen alle Vereinbarungen übernehmen und umsetzen.

Insgesamt könnte in Seattle über folgende Themen für die neue Runde diskutiert und entschieden werden:

(1) Landwirtschaft

Es ist mit Verhandlungen zu rechnen über einen weiteren Abbau des Außenschutzes, d.h. der Zölle sowie der internen Stützung und der Subventionierung von Agrarexporten, aber auch mit Forderungen nach einer Erweiterung des Mindestmarktzugangs.

(2) Dienstleistungen

Das Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) bildet die Grundlage für das Ziel, den Marktzugang für Dienstleistungen zu verbessern. Aus deutscher Sicht bestehen insbesondere Interessen in den Bereichen Seeverkehr, Umwelt und Energie. Die USA werden voraussichtlich für Audiovisionsdienstleistungen eine weitere Liberalisierung fordern. Diskutiert werden könnte über grenzüberschreitende Personenbewegungen. Es könnte auch gehen um die Entwicklung neuer Disziplinen für Subventionen und öffentliche Aufträge im Dienstleistungsbereich sowie den elektronischen Handel.

(3) Thematisiert werden könnte ein weiterer Zollabbau für alle Industriegüter, ggf. eine völlige Zollbeseitigung.

(4) Diskussionen insbesondere mit den Entwicklungsländern dürfte es geben über eine Reihe von Verhandlungsthemen, die eher auf neue Regeln für den Welthandel abzielen. Hierzu gehören

- Handel und Investitionen

Die Verhandlungen über ein Multilaterales Investitionsabkommen in der OECD sind 1998 gescheitert. Es besteht

vielfältiges Interesse, das Thema in der WTO weiter zu behandeln.

- Handel und Wettbewerb

Es geht um einen Kernbestand wettbewerbsrechtlicher Prinzipien, um wettbewerbsschädliches Verhalten wie Preis- und Produktionsabsprachen, Marktaufteilung und Exportkartelle zu unterbinden.

- Handel und Umwelt

In die WTO-Regeln sind umweltpolitische Ziele aufgenommen worden. Aus EU-Sicht ist eine stärkere Integration ökologischer Aspekte in das multilaterale Handelssystem eine wichtige Aufgabe sowohl im Interesse des Umweltschutzes als auch der Rechtssicherheit für alle am internationalen Handel Beteiligten. Hier bestehen noch erhebliche Vorbehalte von Entwicklungsländern.

- Handel und Sozialstandards

Es besteht weitgehend Übereinstimmung, international anerkannte Arbeitsnormen einzuhalten und die Kompetenz der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für die Schaffung und Befassung mit solchen Normen anzuerkennen. Sozialstandards in Verbindung mit dem Handel sind für die Entwicklungs-/Schwellenländer ein sehr sensibles Thema. Sozialstandards sollen nach Ansicht der EU nicht für protektionistische Zwecke mißbraucht werden.

2.5 Weitere Themen der neuen Runde könnten sein

- Handelserleichterungen, z.B. bei Zollverfahren und Ursprungsregeln

- öffentliches Auftragswesen, z.B. Erweiterung des Teilnehmerkreises und der Sektoren
 - Überprüfung der WTO-Abkommen über technische Handelshemmnisse sowie sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (Gesundheits- und Pflanzenschutz).
3. Zur neuen WTO-Handelsrunde machen die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates am 03. und 04. Juni 1999 in Köln und das Kommuniqué der G 8 zum Wirtschaftsgipfel in Köln vom 18. bis 20. Juni 1999 Aussagen:

Der Europäische Rat

- betont die Notwendigkeit weiterer multilateraler Handelsliberalisierungen
- sieht in einem umfassenden Ansatz von Themen einschließlich Arbeitsnormen, Umwelt, Entwicklung und Transparenz die Möglichkeit, substantielle und ausgewogene Resultate zum Nutzen aller WTO-Mitglieder zu erzielen
- hält eine stärkere Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel für unverzichtbar und ist bereit, den Entwicklungsländern verbesserte Marktzugänge anzubieten.

Der Wirtschaftsgipfel unterstützt die WTO und ein offenes Umfeld für Handel und Investitionen. Angestrebt werden soll u. a. ein wirksamer Ansatz innerhalb der WTO zum Verhältnis von Handel und Umwelt und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Die Mitglieder der WTO sollen Vorschläge für Fortschritte in Bereichen machen, in denen Entwicklungsländer, und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder solide und substantielle Gewinne erzielen können.

4. Der Entwurf für die Grundposition der EU für die Diskussion in der Ministerkonferenz in Seattle wird z. Z. in dem zuständigen Ausschuß der EU diskutiert. Ein Beschluß des Ministerrates wird für Oktober/November d. J. angestrebt

Das innerhalb der Bundesregierung federführende Bundeswirtschaftsministerium wird die Position der Bundesregierung abstimmen. Das Bundeswirtschaftsministerium plant, das Parlament zu unterrichten und einen fortlaufenden Meinungsaustausch mit der Wirtschaft, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen zu führen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat auch zugesagt, die Länderwirtschaftsminister in geeigneter Weise über Stand und Verlauf der Verhandlungen zu informieren und in die Meinungsbildung des Bundes einzubeziehen.

5. Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit seiner außenhandelsorientierten Wirtschaft von der Entwicklung der Welthandelsordnung betroffen. Die NRW-Wirtschaft exportierte 1998 Güter im Wert von rd. 188 Mrd. DM, sie importierte Güter im Wert von rd. 193 Mrd. DM. Die Bedeutung des Welthandelssystems wird auch nicht dadurch verringert, dass rd. 58 % des Außenhandels von NRW mit den Mitgliedstaaten der EU abgewickelt werden. Auch die EU als Integrationsraum muß ihre Maßnahmen/Regeln für den Außenhandel der Gemeinschaft erforderlichenfalls an das Regelwerk der WTO anpassen.

Wenn Zölle verringert oder abgebaut werden, Handelshemmnisse der verschiedensten Art beseitigt, die Möglichkeiten des Zugangs zu ausländischen Märkten verbessert werden, liegt dies im Interesse unserer Unternehmen, die Güter und Dienstleistungen in diese Märkte liefern oder dort fertigen bzw. erbringen wollen. Umgekehrt gilt dieses natürlich

auch für ausländische Unternehmen bei ihren Aktivitäten mit und in Nordrhein-Westfalen. Die Wettbewerbsbedingungen und -regeln für die Unternehmen, die am Welthandel bereits teilnehmen oder teilnehmen wollen, werden durch die Welthandelsrunden konkretisiert und transparenter, damit auch nachprüfbar gemacht. Klare rechtliche Rahmenbedingungen geben Anbietern, Nachfragern und Verbrauchern Rechtssicherheit. Ich möchte dies an Beispielen aus den sog. Schnittstellenbereichen Handel und Investitionen, Handel und Wettbewerb und Handel und Umwelt erläutern.

Für Unternehmen, die in Drittländern investieren wollen, sind ein eindeutiger rechtlicher Rahmen und die Anwendung des Grundsatzes der Inländerbehandlung wesentliche Voraussetzung für die Berechenbarkeit der Investitionen. Solche Investitionen können für Entwicklungsländer positive Auswirkungen haben. In weitere Verhandlungen in der WTO zu diesem Thema werden die Erkenntnisse/Erfahrungen aus den Diskussionen zum Multilateralen Abkommen für Investitionen in der OECD einfließen müssen.

Aus Verhandlungen über die Einführung von Wettbewerbsprinzipien sollen international verbindliche Mindeststandards für Wettbewerbsregeln, ein Schlichtungsverfahren für Wettbewerbsstreitigkeiten und eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Wettbewerbsbehörden hervorgehen. Mit fortschreitender Liberalisierung des Welthandels und zunehmender internationaler Verflechtung der Märkte steigt die Gefahr von Wettbewerbsbeschränkungen. Faire Wettbewerbsbedingungen auf internationalen Märkten sind für ein exportorientiertes Land wie Deutschland unumgänglich.

Das Thema Handel und Umwelt bietet Ansätze, den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung zu tragen. Diese Leitvorstellung ist in der Präambel des WTO-

Abkommens enthalten, die Notwendigkeit ist auch durch die entsprechende Erklärung des Wirtschaftsgipfels von Köln dokumentiert worden. Die Bereitschaft der Entwicklungsländer, die Diskussion nicht nur um die ökonomischen, sondern auch um die ökologischen und ggfs. sozialen Auswirkungen von WTO-Regeln zu führen, hängt sicher eng zusammen mit der angestrebten Verbesserung des Zugangs für ihre Produkte und Dienstleistungen zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer. Die neue Handelsrunde sollte daher zu möglichst einheitlichen und zukunftsfähigen Umwelt- und Sozialstandards führen.

Eine größere Sensibilität für Umweltfragen in vielen Ländern würde den stärkeren Einsatz von Umwelttechnologie, z. B. bei der Abwasserentsorgung, erleichtern und damit die außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Landes insbesondere in diesem Bereich flankieren.

In der neuen Runde werden voraussichtlich viele Dienstleistungssektoren auf den Prüfstand kommen. Dies gilt auch für diejenigen, für die bisher nur geringe oder keine Verpflichtungen vorliegen. Die Einbeziehung der audiovisuellen Dienstleistungen betrifft insbesondere den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk und Subventionen für inländische Filmproduktion bzw. -verteilung.

Die deutschen Länder erarbeiten zur Zeit hierzu eine Verhandlungsposition, die über die Bundesregierung in den Verhandlungsprozeß eingebracht werden soll. Die Länder haben bereits zum Ausdruck gebracht, dass sie an einer möglichst weitgehenden Ausnahme der audiovisuellen Dienstleistungen von den Verpflichtungen zur Meistbegünstigung interessiert sind. Die Landesregierung wird sich an dem weiteren Abstimmungsprozeß im Kreis der Länder und mit der Bundesregierung intensiv beteiligen.

Die Ergebnisse der neuen WTO-Verhandlungsrunde werden sich direkt und in vollem Umfang auf die Produktions- und Einkommensbedingungen der NRW-Landwirtschaft auswirken. Betroffen können auch sein der Gesundheits- und Verbraucherschutz sowie die Wettbewerbsbedingungen der heimischen Produzenten. Die weitere Liberalisierung der Landwirtschaft wird für problematisch gehalten, u. a. weil vergleichbare und auf nachhaltige Wirtschaftsweise abstellende Wettbewerbsbedingungen nicht vorliegen. Die Agrarministerkonferenz der Länder hat, auf der Grundlage eines Antrags Nordrhein-Westfalens u. a. eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Grundlinien für ein europäisches Modell für die Land- und Forstwirtschaft entwickeln soll.

6. Die Landesregierung wird die Ergebnisse der Ministerkonferenz von Seattle über die neue WTO-Handelsrunde analysieren und bei Bedarf ihre Auffassung zu den das Land berührenden Punkten in geeigneter Weise zum Ausdruck bringen.

Chef der Welthandelsorganisation will Zollfreiheit für den Internethandel

Moore erwartet in Seattle hitzige Debatte der WTO

Von JAN DIRK HERBERMANN und CHRISTOPH RABE

Mike Moore, der neue Generaldirektor der Welthandelsorganisation, sieht die Gefahr, die von einer Blockadehaltung der Entwicklungsländer für seine Behörde ausgeht. Mit verschiedenen Initiativen will er jetzt die Gunst der Dritte-Welt-Staaten gewinnen.

Handelsblatt, Sa. 6., 18.11.99
Geneve. Obwohl protektionistische Kräfte in den USA und der EU an Einfluss gewinnen, wird das kommende Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle das Prinzip des Freihandels stärken. Diese Prognose äußerte Mike Moore, der neue Generaldirektor der WTO, in einem Gespräch mit dem Handelsblatt.
„Es gibt genug legitimes Eigeninteresse der WTO-Mitglieder, das Überbelin ich sehr zuversichtlich.“ Al-

Moore, gerade wegen der divergierenden Eigeninteressen, mit konfliktträchtigen Gesprächen in Seattle und danach. In der Hitze der Auseinandersetzungen wird es aber zu Lösungen kommen.

In der nordwestamerikanischen Stadt soll den Startschuss zu einer neuen Liberalisierungsrunde für den internationalen Warenaustausch fallen, der in Mrd. \$ angesetzten ist. Allerdings bleibt der genaue Inhalt der anstehenden Verhandlungen umstritten.

Auf die Frage, ob es sinnvoller wäre, sei in Seattle auf die noch nicht abgearbeiteten Punkte der letzten großen Liberalisierungsrunde: von Uruguay, die „Landwirtschaft“ und Dienstleistungen, zu „konzentrieren“, Konsequenzen ziehen

erwiderte Moore: „Die WTO ist eine Organisation, deren Agenda von den Mitgliedern bestimmt wird.“ Moore machte deutlich, dass es „noch zu viele Zollstricken auf der Welt gibt“. Aufgabe der WTO wäre es nun, „diese hohen Zollsätze zu reduzieren und die Probleme der Subventionen für die Landwirtschaft entschlossen anzupacken“. Außerdem hofft Moore auf eine wenn möglich unbristete Verlängerung des Über-

Handel, darin haben sich die WTO-Mitglieder 1998 verpflichtet, keine Abgaben auf den elektronischen Warenverkehr wie im Internet zu erheben. Die Unterscheidung zwischen elektronischen und umfassenden Rundfunk wie sie von der Europäischen Union favorisiert wird und einem sektoralen Ansatz, wie von den USA gefordert, ist für den ehemaligen Premierminister Neuseelands ebenfalls ein semantisches Problem. Brüssel will über möglichst viele Bereiche Wettbewerb und Investitionen fördern. Nur wenn die Gespräche auf allen Sektoren erfolgreich abgeschlossen würden, soll es eine Gesamtabstimmung geben. Washington will sich stattdessen auf einige ausgewählte, von anderen unabhängig zu behandelnde Felder wie die „Landwirtschaft“ konzentrieren.

Die WTO beschneidet nicht die Rechte und die Unabhängigkeit der souveränen Staaten. Im Gegenteil: Durch die von uns geschaffenen Regeln geben wir besonders den kleineren Staaten mehr internationale Rechtmäßigkeit.“

Zu dem Thailander Vizepremier Paritichai Supachai, der in drei Jahren den Posten an der WTO-Spitze übernehmen wird, verbindet ihn ein gutes Verhältnis, erklärte Moore. Er unterrichte den Vizepremier in Bangkok regelmäßig. Moore und Supachai hätten monatelang eine „pfeifere Auseinandersetzung“ um die Führungsposition in der WTO geführt. Weil sich die WTO-Mitglieder auf keinen der beiden Kandidaten einigen konnten, würde jetzt ein dreijähriges Amtszeit gewährt. Moore betonte, dass Supachai sich „jederzeit über die Welthandelsorganisation in der Öffentlichkeit äußern könne.“

Die WTO beschneidet nicht die Rechte und die Unabhängigkeit der souveränen Staaten. Im Gegenteil: Durch die von uns geschaffenen Regeln geben wir besonders den kleineren Staaten mehr internationale Rechtmäßigkeit.“

Zu dem Thailander Vizepremier Paritichai Supachai, der in drei Jahren den Posten an der WTO-Spitze übernehmen wird, verbindet ihn ein gutes Verhältnis, erklärte Moore. Er unterrichte den Vizepremier in Bangkok regelmäßig. Moore und Supachai hätten monatelang eine „pfeifere Auseinandersetzung“ um die Führungsposition in der WTO geführt. Weil sich die WTO-Mitglieder auf keinen der beiden Kandidaten einigen konnten, würde jetzt ein dreijähriges Amtszeit gewährt. Moore betonte, dass Supachai sich „jederzeit über die Welthandelsorganisation in der Öffentlichkeit äußern könne.“

Die WTO beschneidet nicht die Rechte und die Unabhängigkeit der souveränen Staaten. Im Gegenteil: Durch die von uns geschaffenen Regeln geben wir besonders den kleineren Staaten mehr internationale Rechtmäßigkeit.“



Mike Moore, Generaldirektor der WTO. Er erwartet in Seattle eine hitzige Debatte der Welthandelsorganisation. Moore betonte, dass Supachai sich jederzeit über die Welthandelsorganisation in der Öffentlichkeit äußern könne.

Es müsse sichergestellt werden, dass die ausgehandelten Regeln fair, verständlich und anwendbar seien. Auch müsse den Entwicklungsländern bei der Umsetzung besser geholfen werden. „Das bedeutet vorwiegend technische und finanzielle Hilfe.“

Zudem will sich Moore für Zollfreiheit auf alle Exporte aus den armen Staaten der Welt einsetzen. „Das würde einen enormen moralischen Schub für unsere Sache geben, und es ist eine Frage der Gerechtigkeit.“

Zusammen handele es sich um ein Volumen von 0,5 Prozent des gesamten Welthandels. Von den 48 LDC (Least Developed Countries) sind 29 Mitglieder der WTO. Moore sagte, er werde Moore sein Augenmerk auf die WTO- und freihandelskritischen Nichtregierungsorganisationen und die Öffentlichkeit in den Mitgliedsländern richten. Für Seattle haben sich

Die Gruppen Proteste angemeldet. Die Verantwortlichen schliefern gewalttätige Ausschreitungen der mobilisierten WTO-Gegner nicht aus. „Als die letzte Runde, die Uruguay-Funde, 1986 gestartet wurde, mussten wir gegen Apartheid ankämpfen. Jetzt herrscht Angst wegen der Globalisierung.“ Viele Arbeitnehmer würden um ihre Sicherheit und ihre Jobs fürchten.

„Nicht alle unsere Kritiker haben Unrecht“, betonte Moore. Allerdings hätten er und seine WTO die Aufgabe, die Welt zu ernähren, während die anderen die Welt retten wollten. Den Kritikern der Genfer Behörde hält Moore entgegen, dass die Alternative zu dem regelbundenen System der WTO mit seiner Schiedsgerichtsbarkeit „das Chaos“ wäre. In den nächsten Jahrhunderten müssten Verträge und Abkommen des internationalen Systems der Volkswirtschaften die Öffentlichkeit in den Mitgliedsländern bestätigen; dafür gäbe es die WTO.

Die WTO beschneidet nicht die Rechte und die Unabhängigkeit der souveränen Staaten. Im Gegenteil: Durch die von uns geschaffenen Regeln geben wir besonders den kleineren Staaten mehr internationale Rechtmäßigkeit.“

Zu dem Thailander Vizepremier Paritichai Supachai, der in drei Jahren den Posten an der WTO-Spitze übernehmen wird, verbindet ihn ein gutes Verhältnis, erklärte Moore. Er unterrichte den Vizepremier in Bangkok regelmäßig. Moore und Supachai hätten monatelang eine „pfeifere Auseinandersetzung“ um die Führungsposition in der WTO geführt. Weil sich die WTO-Mitglieder auf keinen der beiden Kandidaten einigen konnten, würde jetzt ein dreijähriges Amtszeit gewährt. Moore betonte, dass Supachai sich „jederzeit über die Welthandelsorganisation in der Öffentlichkeit äußern könne.“

Die WTO beschneidet nicht die Rechte und die Unabhängigkeit der souveränen Staaten. Im Gegenteil: Durch die von uns geschaffenen Regeln geben wir besonders den kleineren Staaten mehr internationale Rechtmäßigkeit.“

Zu dem Thailander Vizepremier Paritichai Supachai, der in drei Jahren den Posten an der WTO-Spitze übernehmen wird, verbindet ihn ein gutes Verhältnis, erklärte Moore. Er unterrichte den Vizepremier in Bangkok regelmäßig. Moore und Supachai hätten monatelang eine „pfeifere Auseinandersetzung“ um die Führungsposition in der WTO geführt. Weil sich die WTO-Mitglieder auf keinen der beiden Kandidaten einigen konnten, würde jetzt ein dreijähriges Amtszeit gewährt. Moore betonte, dass Supachai sich „jederzeit über die Welthandelsorganisation in der Öffentlichkeit äußern könne.“

Handelsblatt

WTO-Chef Moore geht auf Kritiker zu

Zollfreiheit für Internethandel

HANDELSBLATT, Sa/So., 18./19.9.99
cr/hbd GENÈVE. Harte Auseinandersetzungen während des nächsten Ministertreffens der Welthandelsorganisation (WTO) erwartete der neue Generaldirektor der Genfer Behörde, Mike Moore. Dennoch hofft der Neuseeländer auf ein eindeutiges Signal zur Stärkung des Freihandels in Seattle. Moore kündigte im Gespräch mit dem Handelsblatt an, sich für eine unbefristete Verlängerung der Zollfreiheit für den elektronischen Handel einzusetzen.

In Seattle sollen Anfang Dezember die Weichen für eine neue Runde zur Liberalisierung der weltweiten Warenströme gestellt werden. Moore fordert, die Subventionen im Agrarbereich anzugehen und das WTO-Ab-

kommen über die Zollfreiheit des Internethandels zu verlängern.

Den 100 Entwicklungsländern der 134 Mitglieder zählenden WTO versprach Moore verstärkte technische und finanzielle Hilfe. Es müsse sichergestellt werden, dass die in Seattle ausgehandelten Regeln fair, verständlich und anwendbar seien. Zudem will sich Moore für Zollfreiheit für alle Exporte aus den 48 ärmsten Staaten der Welt einsetzen. „Das würde einen enormen moralischen Schub für unsere Sache geben, und es ist eine Frage der Gerechtigkeit.“ An die Adresse der WTO-Gegner aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen signalisierte Moore Gesprächsbereitschaft: „Nicht alle unsere Kritiker haben Unrecht.“ Seite 3

Handelsblatt vom 20.9.99



NORDRHEIN-WESTFALENS
Ministerpräsident Clemens will verloren gegangenes Terrain zurückerobern. Die Länder und Regionen sollen in Europa wieder mehr Kompetenzen erhalten



KAREL VAN MIERT
Der EU-Wettbewerbskommissar ermittelte in Nordrhein-Westfalen gegen die Westdeutsche Landesbank

EUROPÄISCHE
UNION

Absurde Wünsche aus Brüssel

NRW-Ministerpräsident Clemens fordert mehr Kompetenzen für die Länder – EU regelt Naturschutz zu bürokratisch

Am Ende der ersten Kabinettsitzung nach der Sommerpause seufzte Ministerpräsident Wolfgang Clemens: „Wir haben hier genügend Naturschutzregeln, da müssen nicht noch von Brüssel weitere kommen.“ Zuvor hatten vergangenen Dienstag die Minister Peer Steinbrück (Wirtschaft) und Bärbel Höhn (Umwelt) geschildert, wie absurd und mühsam die Vorlage 1b mit möglichen neuen Naturschutzgebieten in Nordrhein-Westfalen erarbeitet wird.

Die Europäische Kommission und ihre Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Richtlinie verlangen diese Liste. Mehrere hundert Treffen von Beamten des Düsseldorfer Umweltministeriums mit ihren Kollegen in Kommunen, den Ländern, dem Umweltbundesamt und Europa gingen der Information im Kabinett voraus. Clemens: „Dass das so sein muss, versteht doch kein Mensch mehr.“

Ob Naturschutz oder Autobahnausbau, Millionenbeihilfen für Werften oder Autobauer, Sardinengröße oder Käselagerung: Europa schreibt vor, und die Mitgliedsstaaten folgen oder werden bestraft.

Das ärgert Bayerns Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) ebenso wie seinen sozialdemokratischen Kollegen in Düsseldorf, der in die Offensive geht und seine Europa-Kenner in der Staatskanzlei ein Memorandum ausarbeiten ließ. Clemens verlangt in dem FOCUS vorliegenden Papier: „Die auf dem Kölner EU-Gipfel beschlossene Reform der Institutionen setzt eine klare Kompetenzregelung voraus.“ Der Erhalt und die Ausdehnung der Spielräume der Bundesländer im europäischen Raum stünden im Mittelpunkt seiner Überlegungen.

Beispiel Subventionen. „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die EU-Kommission unsere Handlungsspielräume in der Regionalpolitik durch eine immer restriktivere Beihilfenkontrolle mehr und mehr einschränkt.“ Der SPD-Politiker verlangt, dass in einem ersten Schritt die Grenzen für genehmigungsfreie Beihilfen von derzeit 100 000 Euro für drei Jahre deutlich angehoben werden. So könnte jedes Bundesland präziser entscheiden, welche Firma Subventionen erhält.

Der Jurist Clemens verlangt außerdem ein Klagerecht der Bundesländer.



AUFREGUNG IN
der Zentrale der WestLB. Die EU-Kommission hat beschlossen, dass die Bank ca. 1,6 Milliarden Mark an Nordrhein-Westfalen zurückzahlen soll





n Nordrhein-
sbank



Bezogen auf ihre Gesetzgebungsaufgaben könnte dieser Schritt zum Europäischen Gerichtshof zur Wahrung „unserer eigenen Interessen“ unverzichtbar sein. Clement: „Es wird Zeit, dass in den EG-Verträgen endlich die Existenz der Länder und Regionen ernsthaft zur Kenntnis genommen wird.“

Beispiel Grundrechtecharta. Der Kölner EU-Gipfel beschloss, dass - in einer Art Verfassungskonvent - eine EU-Grundrechtecharta erarbeitet werden soll. Clement: „Dass diese Charta universelle Geltung beanspruchen und sich damit auch auf die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten erstrecken könnte, kann und will ich mir nicht vorstellen.“

Beispiel Einstimmigkeit. Die EU überlegt, dieses Entscheidungsprinzip nur noch bei wesentlichen Fragen einzusetzen. Bis jetzt galt: Nur wenn alle 15 Mitgliedsstaaten zustimmen, können strittige Fragen wie Strukturhilfen, Steuerharmonisierung oder der Sitz von EU-Organen entschieden werden. Zwischen einem Übergang zum Mehrheitsprinzip und einer präziseren Kompetenzabgrenzung, so Clement, bestehe ein „unauflöslicher Zusammenhang“.

Wenig Freude bereitet Clement auch der Brüsseler Wettbewerbshüter Karel Van Miert. Der Kommissar ermittelte gegen die Westdeutsche Landesbank. Die habe unzulässig profitiert von einer Kapitalaufstockung durch das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 1992. Nun müsse der Betrag von 1,6 Milliarden Mark, mit Körperschaftsteuern vermutlich über drei Milliarden, an das geschädigte Land zurückgezahlt werden. Doch Clement will das Geld gar nicht. Wenn das so komme, so fürchtete der Regierungschef kürzlich, muss ich die „Kohle doch zu einem großen Teil zurückgeben“.

OTTMAR BERBALK/
KARL-HEINZ STEINKÜHLER

Gemeinsam für Der FinanzVerb

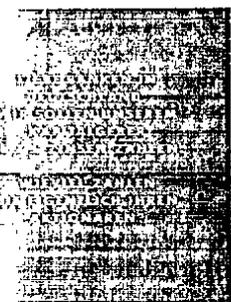


Volksbanken Raiffeisen

Brüssel

tenzen h

„Ich habe den
uß die EU-Kom-
ngsspielräume in
ch eine immer
ntrolle mehr und
er SPD-Politiker
ersten Schritt die
ungsfreie Beihil-
Euro für drei Jah-
werden. So könn-
rätischer entschei-
tionen erhält.
verlangt außer-
r Bundesländer.



ANZEIGENAKTION
In fünf Tageszeitungen
schaltete der Spar-
kassen- und Girover-
band ganzseitige An-
zeigen, um gegen
den Brüsseler Beschluss
zu protestieren

FOCUS 33/1999

Durchfall Bakterien

Häufige Ursache sind Bakterien.
Perenterol® forte
*bindet Durchfallbakterien an
sich wie ein Schwamm und
befördert sie aus dem Darm.*



Ursache weg - D

Perenterol® forte - Wirkstoff: Saccharomyces boulardii. Anwendungsgebiete: Akute Durchfall (Vorbeugung u. Behandlung). Hinweis: Arztrücksprache b. Durchfällen länger als 2 Tage od. E. und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Thiemann Arzneimittel GmbH, PF 440, 45725 Wallrop. Stand April 1999